

XIX. GP-NR
1777 /J
1995 -07- 14

Anfrage

der Abgeordneten Madl und Kollegen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Staatsbürgerschaftsansuchen vor der gesetzlichen Frist.

Seit einiger Zeit stellen in großem Ausmaß in Österreich lebende Ausländer schon nach kurzer Zeit einen Antrag auf Staatsbürgerschaft, wissend, daß hier nach Art. 49a B-VG noch lange kein Anspruch darauf besteht. Da diese Ansuchen bearbeitet werden müssen, liegen hier eine unnötige Belastung und ein Mehraufwand an Arbeit für die zuständigen Behörden vor.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres folgende Anfrage:

- 1.) Wieviele Staatsbürgerschaftsansuchen wurden schon auf diese Weise in den Jahren 1993 bis 1995 vor der gesetzlichen Frist bearbeitet ?
 - a) wieviele in Oberösterreich?
- 2.) Finden Sie es gerechtfertigt, hier die Behörden unnötig zu belasten?
- 3.) Werden die Behörden weiterhin verpflichtet sein, diese Ansuchen zu bearbeiten?